

Stimmungsbild aus dem Preussischen Landtag.

Ausstatt zur großen politischen Debatte.

Berlin. Der Preussische Landtag hat am Dienstag seinen Plenarsitzungsabschnitt nach der Sommerpause begonnen. Da man auch für das Breitenparlament mit Fundamenten radikaler Verbände gerechnet hatte, war für ausreichende politische Sicherheit des Hauses und der Ruhezustände gesorgt worden. Bei Eröffnung der Sitzung ehrte Präsident Dr. v. Kries in der üblichen Weise das Andenken der in diesem verstorbenen Abgeordneten.

Die große politische Anstrengung, die sich auf den deutsch-nationalen und kommunistischen Vertrauensanträgen gegen das Kabinett Braun, sowie einzelne Minister und auf Interpellationen und Anträge zur Volkzeit der Preussenregierung richtete, wurde einseitig mit den Verhandlungen der Fraktionsvertreter. Nur die Regierung war Innenminister Eberling mit den leitenden Beamten der Abgabenreferate erschienen. Als dieser Punkt der Tagesordnung aufgerufen wurde, riefen die Kommunisten im Chor: „Nieder mit der preussischen Hungerregierung!“

Das deutsch-nationale Vertrauensvotum beantragte Abg. Steinbock, der mit seiner Bemerkung auf die Organe der Ausführung des Dr. Schacht wiederholt Gedächtnis und Furcht bei den Regierungsparteien hervorrief. In einer formulierte Erklärung der deutsch-nationalen Fraktion wird außer dem Rücktritt der Regierung Braun die Auflösung des Landtags verlangt. Für die Kommunisten von sich bei der Verhandlung der Vertrauens- und anderen Anträge dieser Partei Abg. Kasper wiederholt Müssen des Präsidenten zu, weil er der Regierung Volks- betrug und Arbeitermord um, vorwarf.

Abg. Winger (Soc.) erläuterte die Interpellation seiner Freunde über die nachlässigen Verhalten mancher schlesischer Polizeibehörden gegenüber den Rechtsverbänden. Abg. Dr. Boelke (Ddp.) die Anfrage seiner Freunde gegen die Eingriffe in die Meinungsfreiheit der Beamten und gegen die Notverordnung. Dr. Bohner (Staatsp.) legte den Antrag seiner Freunde vor, die Altersgrenze für Beamte und Lehrer im Interesse des sonst erwerbslosen jungen Nachwuchses auf 60 Jahre herabzusetzen und eine Revision der Vermögens-Ausgleichsverordnung mit dem früheren Abzugsaufbau herbeizuführen.

In den Antworten sagten die Regierungsvertreter u. a., daß den in Betracht kommenden schlesischen Polizeistrukturen das Erforderliche eröffnet sei, daß man die Polizeibeamten angesichts der terroristischen Ausschreitungen radikaler Gruppen über ihre Besorgnis zum Waffengebrauch habe aufklären müssen und daß gegenüber den radikalen Verbänden die Polizei im Rahmen der gegebenen Bestimmungen für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu sorgen habe.

Die Aussprache wurde auf Mittwoch vertagt.

Eine Erklärung Hitlers

Berlin, 14. Oktober.

In einer nationalsozialistischen Versammlung verlas Reichstagsabgeordneter Böhring am Schluß seines Referats über das Thema „Wir und der Reichstag“ eine Erklärung Adolf Hitlers, in der es heißt:

„Unsere Nationalsozialistische Partei ist die stärkste nationale politische Organisation, die Deutschland je besaß, nicht nur ziffernmäßig. Unsere Stärke liegt in der in der Bewegung zum erstenmal verwirklichten Volksgemeinschaft, die allein Träger der Zukunft sein kann. Das Dritte Reich wird unsere Fahnen tragen.“

Die Partei wünscht die Verantwortung und ist bereit, sie selbstlos zu übernehmen. Wenn der Reichspräsident uns ruft, leisten wir zur Bildung eines Kabinetts diesem Rufe selbstverständlich Folge.“

Die Haltung der Wirtschaftspartei

Über die Haltung der Wirtschaftspartei erfahren wir weiter, daß heute nicht nur mit dem Reichkanzler, sondern auch mit dem Führer der Deutschnationalen Besprechungen stattfinden sollen. Die Fraktion habe ihre Stellung zur Regierung noch in keiner Weise festgelegt. Auf jeden Fall aber, so wird versichert, werde die Fraktion bei den Abstimmungen geschlossen auftreten und keine Abspaltungen zulassen.

Noch keine Entscheidung beim Landvolk

Die Reichstagsfraktion des Deutschen Landvolks erörterte in mehrstündiger Sitzung am Dienstagabend die gesamte politische Lage, ohne bisher Beschlüsse zu fassen. Es ist auch noch nicht festgelegt, wer für die Fraktion in der großen politischen Aussprache sprechen wird. Die Fraktionsführung wird heute vormittag fortgesetzt.

Die Anträge der Sozialdemokraten

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zur Reichstagsaussprache eine große Anzahl von Anträgen eingebracht, die zum Teil gleichzeitig Änderungen der letzten Notverordnungen vorsehen.

Die Sozialdemokratie fordert Revision der Fürstenernte-Einkommen, verschärfte Pensionskürzung und verschärfte Zwang zur Herabsetzung der hohen Einkommen in der Privatwirtschaft.

Der Antrag über die Fürstenernte-Einkommen sieht die Revision der abgeschlossenen Verträge, die Sperrung der laufenden Verfahren und eine Ermächtigung für die Länder zur Einstellung der Zahlungen vor.

Der Pensionskürzungsantrag verlangt Kürzung sämtlicher Pensionen auf 12 000 RM und Anrechnung jedes sonstigen Einkommens von mehr als 4000 RM auf die Pension, wobei die Pension um 50 Prozent des überschließenden Betrages gekürzt werden soll.

Alle hohen Gehälter und Pensionen in der Privatwirtschaft über 12 000 RM sollen um 20 bis 50 Prozent gekürzt werden. Wenn ein Unternehmen diese Kürzung nicht oder nur unvollständig durchführt, soll der Unterschiedsbetrag in Form einer Sondersteuer an das Reich abgeführt werden.

Ein weiterer Antrag betrifft die Winterhilfe und wünscht die Lieferung von Kartoffeln und Kohlen als zusätzliche Leistung zu den Unterstützungsbeträgen.

Ein Antrag zum Tarifrecht verlangt, daß die Reichsregierung alle Pläne und Forderungen auf Beseitigung oder Aufhebung des Tarifrechts ablehnt.

Die Sozialdemokraten verlangen weiter, daß die Haus- und Grundsteuerentlastung wieder aufgehoben wird und die Erträge der Haussteuer im bisherigen Umfang für den Kleinwohnungsbau verwendet werden.

Wirtschaftsbeirat unter Vorsitz Hindenburgs.

Aktives Einwirken des Reichspräsidenten in die Wirtschaftspolitik.

Ein Briefwechsel zwischen Reichspräsident und Reichskanzler.

Die Einsetzung des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung.

Berlin. Der Herr Reichspräsident hat unter dem 13. Oktober d. J. folgenden Brief an den Reichskanzler gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Die Wirtschaftskrise, die sich in der ganzen Welt fortwährend verschärft, stellt der Reichsregierung die schwere Aufgabe an, ein wirtschaftlich wirksames und sozialgerechtes Wirtschaftsprogramm aufzustellen und durchzuführen. In tatkräftiger Fortführung bereits getroffener Maßnahmen müssen grundlegende Entschlüsse gefaßt werden, um die Arbeitslosigkeit zu mindern, die Produktionskosten zu verringern und die Lebenshaltungskosten herabzusetzen. Es erscheint mir geboten, zur abschließenden Begutachtung dieser für unser Volk lebenswichtigen Fragen einen kleinen Kreis führender Sachverständiger aus den verschiedenen Zweigen des wirtschaftlichen Lebens, auch Vertreter der Arbeitnehmer, als Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung einzusetzen, der mit ihr zusammen das gesamte Gebiet der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Probleme berät, mit dem Ziel, zu einheitlichen Vorschlägen zu gelangen. Ich hoffe und vertraue, daß in einer engen Zusammenarbeit zwischen der Reichsregierung und diesem Wirtschaftsbeirat Wege gefunden werden, die das deutsche Volk im einmütigen Zusammenwirken und Zusammenwirken aus der schweren Wirtschaftskrise herausführen werden. Ich bin bereit, in den gemeinsamen Sitzungen der Reichsregierung und des Wirtschaftsbeirates persönlich den Vorsitz zu übernehmen, soweit allgemeine grundlegende Fragen zur Erörterung stehen.“

Politische Tagesübersicht.

Ein Vertrauensantrag gegen den preussischen Innenminister Eberling ist von der kommunistischen Fraktion des Preussischen Landtags eingebracht worden. In einem weiteren Antrag verlangen die Kommunisten, daß der Polizei der Gebrauch von Schuß- und Schwerwaffen sowie von Gummistockknüppeln verboten werde.

Die Veröffentlichung von Volksentscheidungen. In einer im Preussischen Landtag eingebrachten kleinen Anfrage hat der Abg. Scheffner (Dp.) erklärt, die „Garzer Volkszeitung“ in Goslar habe anlässlich des Volksentscheides auf Auflösung des Landtags eine Liste der Teilnehmer am Volksentscheid veröffentlicht. Das Staatsministerium wurde gefragt, ob es bereit sei, die „Garzer Volkszeitung“ ebenso zu verbieten, wie in letzter Zeit zahlreiche nationale bürgerliche Zeitungen wegen freier öffentlicher Meinungsäußerung verboten wurden. — Der preussische Innenminister hat folgende Antwort erteilt: Listen von Teilnehmern am Volksentscheid sind ebenso wie solche von Nichtteilnehmern von Zeitungen verschiedener Parteirichtungen u. a. auch schon veröffentlicht worden. Zeitungsverbote seien daraufhin nicht erlassen worden.

Wieder Schulstreik in Berlin.

Berlin. Unmittelbar nach Erlass der neuen Sparmaßnahmen im Schulwesen brach an einigen Berliner Schulen ein Streik aus, der zunächst durch den Beginn der Oktoberferien sein Ende erreichte. Mit dem Schulbeginn hat jetzt auch der Schulstreik seine Fortleitung gefunden. In nicht weniger als 11 Gemeindeschulen wird seit Dienstag gestreikt, mehrere tausend Schulkinder sind nicht zum Unterricht erschienen.

Eine Erklärung Broenners zur Uebernahme des Reichsinnenministeriums.

Berlin. Nach einer Meldung aus New York veröffentlicht das amerikanische Nachrichtenbüro Associated Press eine Erklärung des Ministers Broenner, in der es heißt: Die schweren wirtschaftlichen Nöte, die das Leben des deutschen Volkes bedrohen, können dann überwunden werden, wenn sich alle politischen Kräfte unter klarer, bewusster Führung zu positiver Arbeit am Vaterland zusammenfinden. Diese Arbeit kann nur auf dem Boden von Gerechtigkeit und Verfassung geleistet werden und ihr müssen die Machtmittel des Staates einheitlich dienen. In keinem Land der Welt ist eine solche Zusammenfassung der Kräfte so notwendig wie in Deutschland. Denn keines ist durch die Wählerarbeit des Volkswillens so bedroht, während Deutschland durch den Vertrag von Versailles in einem Grad entmannt ist, der in der Geschichte ohne Beispiel ist. Wenn ich jetzt außer dem Vorken des Reichswehrministers auch den des Reichsinnenministers übernehme, so tue ich das in der Absicht, die in diesen beiden Ministerien bestehenden Machtmittel des Reiches gemeinsam zu leiten, die Einheitlichkeit und Gerechtigkeit der Exekutive im ganzen Reich gegen parteipolitische Beeinflussung zu sichern und um das Interesse des Reiches gegenüber allen Parteien durchzusetzen. Auf diese Weise werden die Voraussetzungen dafür erfüllt werden, daß Deutschland innerlich gestärkt wird und an einen neuen Aufbau herangehen kann.

Zum Austritt Höpfer Wichoff.

Berlin. Der plötzliche Austritt des preussischen Finanzministers Dr. Höpfer Wichoff hat in politischen Kreisen beträchtliches Aufsehen erregt. Es sind die verschiedensten Kombinationen über die Ursachen dieses Austritts aufgestellt worden. Von dem bisherigen Finanzminister Höpfer Wichoff selbst ist seit dem Austrittsbüro des W.D. insbesondere die Version demontiert, als ob Höpfer Wichoff freier Hand für die Bildung einer großen bürgerlichen Mittelpartei gewinnen wollte. Es wird vielmehr darauf hingewiesen, daß die an sich schon tiefen Beziehungen eines der Finanzen des Staates verwaltenden Ministers zu den übrigen Referatsministern in dieser Zeit gedehnter Finanznot ganz besonders gespannt gemein seien. Den eigentlichen Grund für den plötzlichen Austritt habe aber die Tatsache gebildet, daß das preussische Kabinett ohne weiteres mit allen Ministerstimmen gegen die des Finanzministers Höpfer Wichoff die Wiederaufhebung der in der Sparverordnung vom 12. September verordneten Kürzungen- und Beförderungsbeschränkungen beschlossen habe. Nach in der entscheidenden Kabinettsitzung am Montag habe Minister Höpfer Wichoff erklärt, die endgültige Beschlußfassung zu verlangen, weil er mit dem Reich nochmals Verhandlungen führen wolle über eine Verständigungsmöglichkeit. Die Mehrheit der Minister habe das abgelehnt. Ein- und komme, das trotz der schweren Finanzlage im Zusammen-

Ihren baldigen Vorschläge für die Zusammenlegung dieses Wirtschaftsbeirates, den ich alsdann zusammenberufen werde, sehe ich entgegen und bin mit freundlichen Grüßen
ges. v. Hindenburg.“

Der Reichskanzler hat am gleichen Tage dem Herrn Reichspräsidenten mit folgendem Schreiben geantwortet:

„Hochgeehrter Herr Reichspräsident!

Nach meiner Ueberzeugung läßt es die gesamte Wirtschaftslage geboten erscheinen, daß die Reichsregierung nunmehr die großen und entscheidenden Gesamtprobleme des wirtschaftlichen Lebens mit führenden Sachverständigen des wirtschaftlichen Lebens, darunter auch Vertretern der Arbeitnehmer, berät und einer baldigen Lösung zuführt. Darum werde ich, Ihrem heutigen Schreiben entsprechend, mit aller Beschleunigung Vorschläge geeigneter Persönlichkeiten unterbreiten, mit der Bitte, sie alsbald in den Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung berufen zu wollen. Dabei gehe ich auch davon aus, daß der Kreis der Mitglieder des Wirtschaftsbeirates so eng wie möglich gestaltet wird, damit die Verhandlungen ausreichend vertieft und beschleunigt werden können. Vielleicht wird es nützlich sein, für Einzelfragen besonders geeignete Sachverständige zu den Beratungen zuzuziehen.

Mit besonderem Dank beziehe ich Ihre Entschlüsse, daß Sie das große Vertrauen, das Ihre Persönlichkeit in allen Schichten des deutschen Volkes genießt, einbringen wollen für eine rasche und erfolgreiche Durchführung der Beratungen und daß Sie deswegen bereit sind, in ihnen den Vorsitz zu übernehmen, soweit allgemeine grundlegende Fragen zur Erörterung stehen werden.

In aufrichtiger Verehrung bin ich, hochgeehrter Herr Reichspräsident, Ihr im Treue ergebener
ges. Dr. Brüning.“

Song mit der Aufhebung der Aufschlagssteuer hervorzuheben. Parlamentarier noch eine Anzahl anderer Beamtenmängel vorgebracht habe, die nach Ansicht Höpfer Wichoff im Augenblick unerläßbar gewesen seien.

Die Redner der Parteien

Die Reichstagsfraktionen haben jetzt für die politische Aussprache, die sich an die Regierungserklärung im Reichstag anschließt, ihre Redner bestimmt. Für die Sozialdemokraten werden sprechen die Abgeordneten Dr. Breitscheid und Aufhäuser, für die Nationalsozialisten Dr. Fried, für die Kommunisten Remmele, für das Zentrum die Abgeordneten Raas, Joost und Dr. Hermes, für die Deutschnationalen Dr. Oberfahren, für die Deutsche Volkspartei Dingeldey, für die Wirtschaftspartei Wolke, für die Bayerische Volkspartei Abgeordneter Reich, für die Staatspartei Dr. Weber, für das Landvolk Dr. Gerke und für die Christlich-Sozialen Simpfendorfer.

Hausbesitz gegen Mietsteigerung.

Vom Verband der Sächsischen Grund- und Hausbesitzervereine wird uns u. a. geschrieben:

Das in der letzten Zeit wieder aufgerollte Problem der Mietsteuer ist durch die neue Notverordnung des Reichspräsidenten nicht gelöst worden. Die neue Notverordnung hat vielmehr nur eine Zwischenlösung gebracht, indem sie nur die im Juli vergangenen Jahres vom Reichstag angenommene Entschlüsselung auf Abgeltung des erhöhten Zinsendienstes für die Aufwertungshypotheken durch entsprechende Senkung der Mietsteuer durchzuführen anordnet. Die durch die dritte Notverordnung angeordnete Senkung der Mietsteuer um zwanzig Prozent reicht in allen Fällen nicht aus, um die erhöhte Zinslast zu decken. Von einer Ueberlassung von Millionenbeträgen an den Hausbesitz, wie vielfach von Mieterorganisationen anlässlich der Mietsteigerung gefordert wurde, kann nicht die Rede sein. Bei sachlicher Beurteilung der angespannten Lage des Hausbesitzes und der unzulänglichen Mietsteigerung wird man sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß anlässlich dieser Mietsteigerungsminderung eine Senkung der Mieten vollkommen unmöglich ist. Wie die Dinge liegen, wird man eine Senkung der Mieten nur dann in Erwägung ziehen können, wenn die Mietsteuer vollkommen beseitigt wird. Eine völlige Befreiung der Mietsteuer würde außerdem nach Urteilen aus Fachkreisen wie nach Erklärungen aller führenden deutschen Wirtschaftsverbände eine wesentliche Belebung des Binnenmarktes, damit gleichzeitig eine wesentliche Steigerung anderer Steuereinkommen und eine Entlastung des öffentlichen Etats an Wohlfahrtsausgaben im Gefolge haben.

Keine deutschen Schiffe nach russischen Häfen.

Hamburg. Beim Verband Deutscher Reeder haben am Montag Besprechungen über den Besatzekreis auf deutschen Schiffen in russischen Häfen stattgefunden. Es wurde die Ansicht geäußert, daß dieser Streik offenbar von den russischen Behörden gebildet und unterstützt werde, während die Sowjetregierung nach den bestehenden Verträgen verpflichtet sei, die Streikenden nach deutschem Recht als Reeder zu behandeln. Die deutschen Reeder haben deshalb beschlossen, vorläufig keine Abfahrten mehr nach sowjetischen Häfen zu tätigen. Auch von den ausländischen Reedereien soll der gleiche Beschluß gefaßt worden sein. Es soll geplant sein, Schiffe mit arbeitswilligen Seeleuten nach denjenigen russischen Häfen zu schicken, in denen deutsche Schiffe durch die ungeschicklichen Streiks lahmgelegt sind. Die durch die Vorgänge in Rußland gefährdeten deutschen Reeder haben die meuternden Mannschaften strikt entlassen und die Zahlungen an die Angehörigen des Besatzes gesperrt. Ferner ist gegen die Beteiligten Straf- antrag wegen Meuterei gestellt worden.

Ratuschka auch bei Ansbach tätig?

Wien, 14. Oktober. Am Laufe des gestrigen Nachmittags wurden alle Personen, die in der Angelegenheit des Attentates von Ansbach vernommen worden waren, Ratuschka gegenübergestellt. Bei Ansbach waren Ende Juli Schwellen auf die Schienen gelegt worden. Hier zeugen stellen die große Reife Ratuschka mit dem damaligen Täter fest. Ein sicheres Erkennen wird dadurch erschwert, daß der Täter damals einen Verband um das Gesicht trug.